

MEDIENKONFERENZ VOM 25. OKTOBER 2018

Ergebnisse und Schlussfolgerungen des SGB-Verteilungsberichtes 2018

Lohnerhöhungen und gerechtere Steuer- und Abgabenpolitik nötig

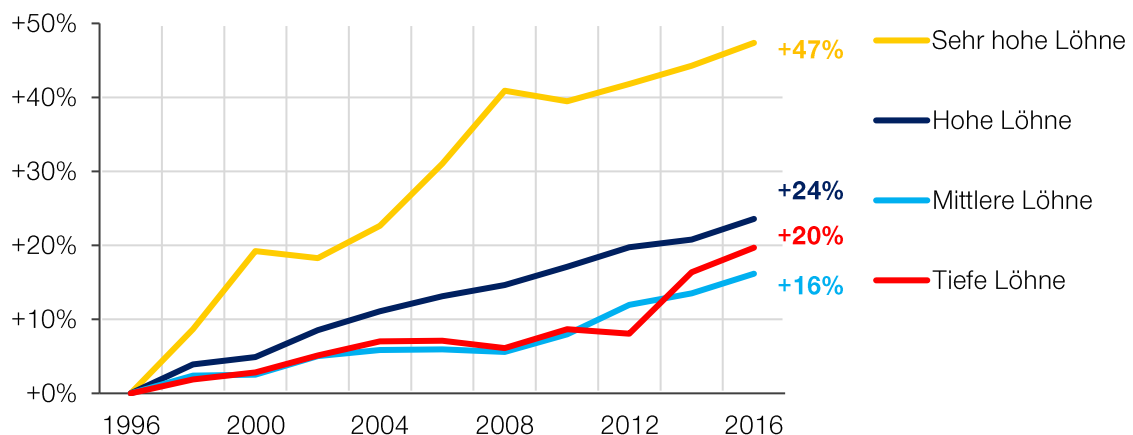
Dieser Text fasst die wichtigsten Ergebnisse des SGB-Verteilungsberichtes zusammen und fordert Massnahmen zur Verbesserung der Einkommenssituation der unteren und mittleren Einkommen. Detaillierte Informationen sowie die Erläuterungen finden sich u.a. auf www.verteilungsbericht.ch.

1. Gewerkschaftliche Lohnerfolge in den letzten 20 Jahren – ungenügende Lohnentwicklung in jüngerer Zeit

Die gewerkschaftliche Lohnpolitik ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hat viele Erfolge vorzuweisen. Dank den Mindestlohnkampagnen und den Fortschritten bei den Gesamtarbeitsverträgen sind die unteren Löhne deutlich gestiegen – im Unterschied zu vielen anderen Ländern in Europa. Und trotz Finanzkrise und Frankenüberbewertung erhöhten sich die Löhne insgesamt. Die von Arbeitgeberkreisen angedrohten Lohnsenkungen konnten die Gewerkschaften verhindern. Negativ ist hingegen, dass die oberen und obersten Löhne deutlich stärker stiegen. Die Lohnschere ist auch in der Schweiz aufgegangen. Heute gibt es in der Schweiz rund 14'000 Personen mit einem Lohn von einer halben Million Franken und mehr – gegenüber rund 3000 Mitte der 1990er Jahre.

Kumuliertes Lohnwachstum nach Lohnklasse seit 1996

(Privatwirtschaft, real)

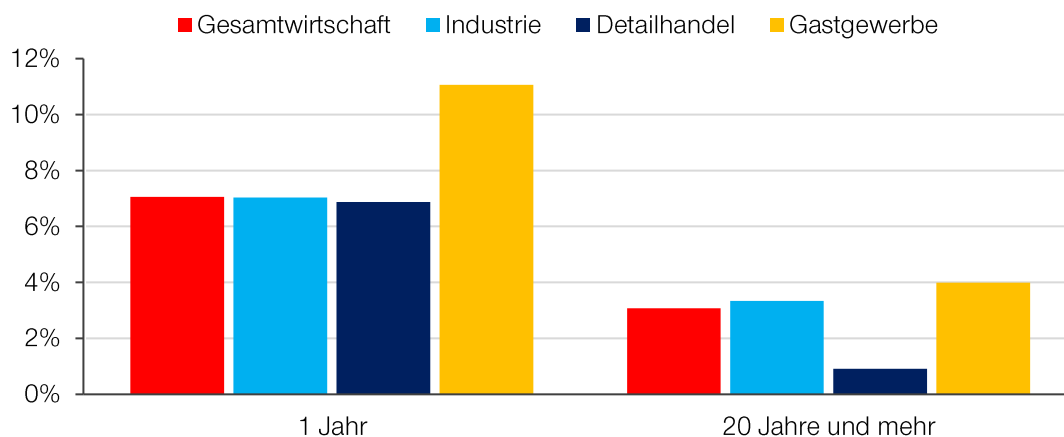


Quelle: BFS. Lohnstrukturerhebung; Bemerkung: Wert für das oberste und die obersten 10 Prozent 2012-2016 mit dem Einkommenswachstum der entsprechenden Einkommensklassen der AHV-Statistik genähert

Mitarbeitende mit langer Betriebszugehörigkeit erhielten in den Krisenjahren jedoch weit weniger Lohnerhöhungen. In Gesprächen mit Personalkommissionen in der Maschinenindustrie kommt klar zum Ausdruck, dass die Lohnstruktur in zahlreichen Betrieben mittlerweile völlig aus dem Lot ist.¹ Dies rächt sich später auch bei der Pensionskassenrente – vor allem bei den Ü55. Wenn der Lohn stagniert, stagnieren auch die Beiträge. Dazu kommt die tiefere Verzinsung der Altersguthaben in den letzten Jahren. Im Rentenalter sind vor allem die Ü55 die Leidtragenden der stark gesunkenen Umwandlungssätze.

Lohnwachstum nach Dienstalter 2010-2016: Total und ausgewählte Branchen

(Medianlohn)



Quelle: BFS. Lohnstrukturerhebung

Die Frauenlöhne haben gegenüber den Männerlöhnen in den letzten Jahren etwas aufgeholt. Auch weil auf Druck der Gewerkschaften in den Branchen und Betrieben sowie beim Bund Gegenmassnahmen ergriffen wurden. Der Lohnunterschied ist mit rund 17 Prozent aber nach wie vor beträchtlich.

Lohnpolitisch ein Fehlstart war der 2016 einsetzende Wirtschaftsaufschwung. Trotz höheren Gewinnen und vermehrtem Arbeitskräftemangel wehrten sich viele Arbeitgeber mit Kräften gegen die fälligen Lohnerhöhungen. Die sehr bescheidenen Nominallohnerhöhungen wurden von der Teuerung mehr als weggefressen. Die Reallöhne sinken leicht.

Nominallohnwachstum und Teuerung

(Veränderung geg. Vorjahr)

	2017	2018
Nominallohnindex BFS	0.4	0.8*
Landesindex der Konsumentenpreise BFS	0.5	1.0**

* 1.Halbjahr 2018; ** Prognose SGB

¹ So sollen gewisse Neueingestellte teilweise sogar mehr Lohn erhalten als ihr Vorgesetzter. Diese nach Betriebszugehörigkeit unterschiedliche Lohnentwicklung ist eine Besonderheit der Schweiz, die sich zu einem nennenswerten Teil mit der Frankenüberbewertung erklären lässt. Die Firmen haben auf Kosten der langjährigen MitarbeiterInnen Personalkosten gespart. In Baden-Württemberg sind die Löhne der MitarbeiterInnen mit höherem Dienstalter gemäss der „Verdienststrukturerhebung“ wesentlich stärker gestiegen.

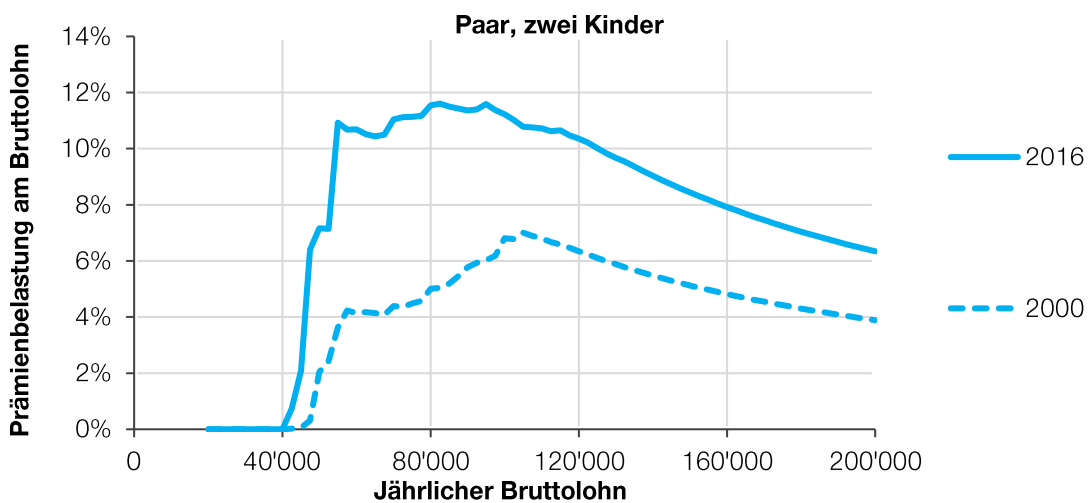
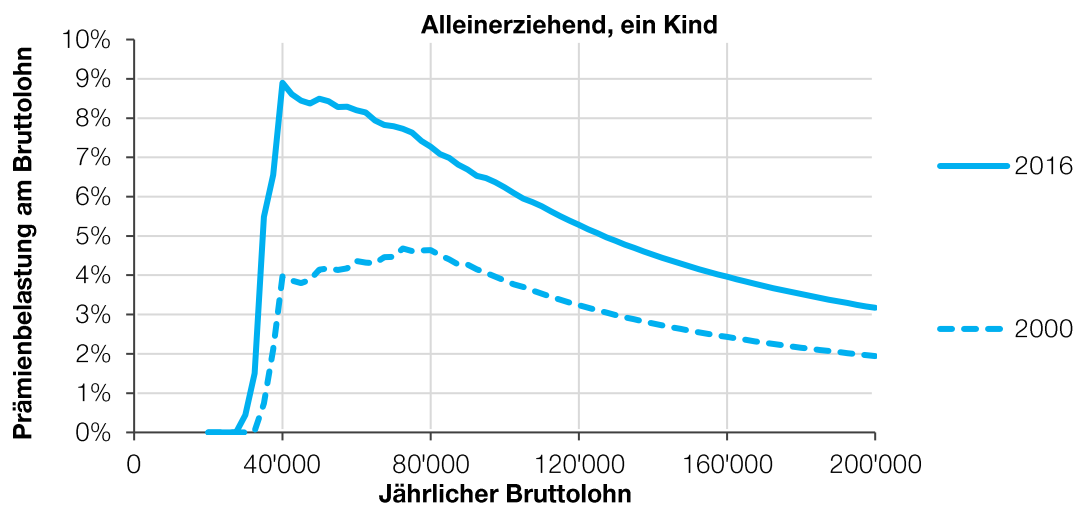
2. Steuer- und Abgabepolitik auf Kosten der Normalverdienenden

Die Schweizer Steuer- und Abgabepolitik in den letzten 15 bis 20 Jahren war im Interesse der Oberschicht. Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen wurden jedoch deutlich stärker zur Kasse gebeten. Die bedeutenden Lohnfortschritte wurden durch diese unsoziale Politik zu einem beträchtlichen Teil zunichte gemacht.

Die obersten Einkommen profitierten vor allem von den Einkommenssteuersenkungen in nahezu allen Kantonen. Die übrigen Haushalte leiden hingegen immer stärker unter den Krankenkassenprämien. Die Durchschnittsprämien haben sich seit 1997 mehr als verdoppelt, während die Prämienverbilligungen zur Abfederung der Prämienlast hingegen um nur rund ein Drittel stiegen (pro Kopf, ohne Sozialhilfe und EL). Unter dem Strich hat sich die Prämienbelastung für Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen seit dem Jahr 2000 teilweise mehr als verdoppelt!

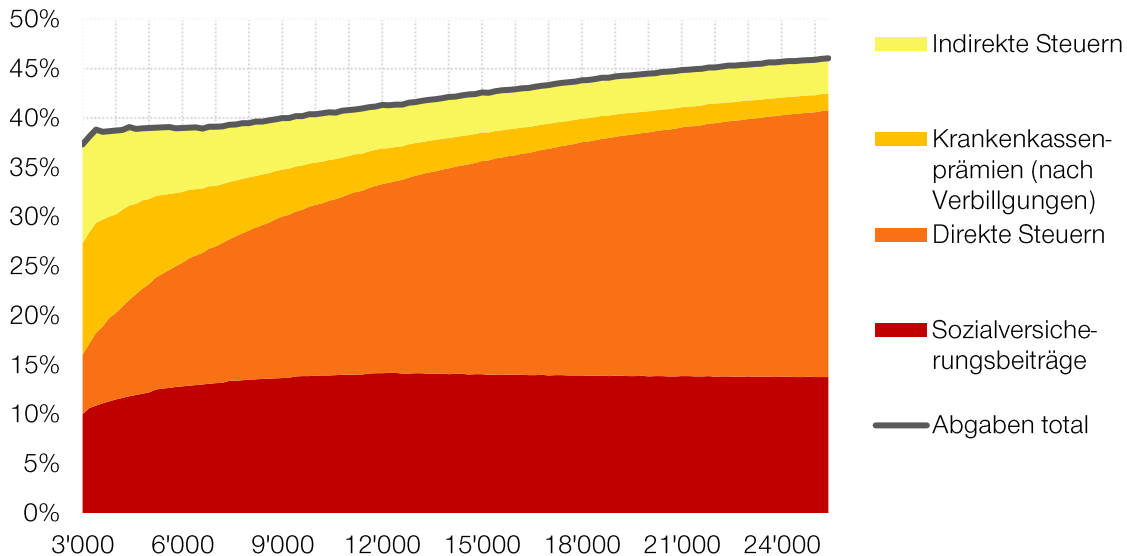
Belastung der Haushalte durch Krankenkassenprämien

(nach Prämienverbilligungen, in % des Bruttolohnes)



Diese Entwicklung hat die Progression des Schweizer Steuer- und Abgabensystems zu einem beträchtlichen Teil gebrochen. Die Belastung einer alleinstehenden Person durch Steuern und Abgaben wird mehr und mehr proportional statt progressiv.

Belastung einer alleinstehenden Person durch Steuern und Abgaben (in Prozent des Bruttolohnes, 2016)



3. Massnahmen für eine einkommenspolitische Wende

Damit sich die Einkommenssituation der Normalverdienenden verbessert und die Abgabenpolitik in der Schweiz wieder ihre Ausgleichsfunktion übernimmt, braucht es folgende Massnahmen:

- Lohnerhöhungen von 2 bis 2.5 Prozent in der laufenden Lohnrunde. Lohnerhöhungen braucht es insbesondere bei langjährigen Mitarbeitenden und Frauen.
- Massnahmen zur Beseitigung der Frauen-Lohndiskriminierung (Kontrollen, Sanktionen) sowie zur Verbesserung der beruflichen Stellung der Frauen.
- Mehr Gesamtarbeitsverträge mit guten Mindestlöhnen. Prioritär sind der GAV Journalismus dt. Schweiz und die Ausdehnung des GAVs in der Sicherheitsbranche auf die kleinen Firmen, die vor allem vom Departement Schneider-Ammann blockiert wird.
- Abbau der hohen gesetzlichen Hürden bei der Allgemeinverbindlich-Erklärung von Gesamtarbeitsverträgen (insb. das Arbeitgeberquorum). Beispielsweise über das von den Arbeitgebern der Romandie vorgeschlagene „Quorum coulissant“.
- Beschränkungen der Temporärarbeit (insbesondere bei öffentlichen Aufträgen) sowie die Pflicht, Temporärangestellte wie Festangestellte zu entlönnen („Equal pay“).
- 13. Monatslohn für alle. Beispielsweise haben viele Angestellte in der Branche der persönlichen Dienstleistungen (Kosmetik, Coiffeure u.a.) nach wie vor keinen 13ten.

- Ausreichend hohe staatliche Mindestlöhne wie die vorgeschlagenen 23 Fr. im Kt. Genf. Erhöhung des von Postregulator Hollenstein erlassenen „Dumping-Mindestlohns“ von 18.27 Fr. auf über 22 Fr. , damit der Onlinehandel nicht zu Lohndruck führt.
- Beschränkung der Saläre in öffentlichen Betrieben auf 500'000 Fr./Jahr.
- Mehr Krankenkassen-Prämienverbilligungen, so dass niemand mehr als 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben muss.
- Korrektur der kantonalen Steuersenkungen für hohe Einkommen.